

Antrag

Initiator*innen: Vorstand des ADFC Bayern (dort beschlossen am: 29.04.2025)

Titel: **Politischer Leitantrag des ADFC zur Kommunalwahl 2026 Radverkehr ist günstiger und effektiver Klimaschutz. Radverkehr ist kommunale Verantwortung. Radverkehr ist wählbar.**

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Eine aktuelle Studie des Fraunhofer Instituts zeigt: Deutschland könnte den Radverkehrsanteil bis 2035 verdreifachen – und dadurch 19 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Wenn mehr für sicheres und komfortables Radfahren unternommen würde, könnte der Verkehrssektor endlich einen guten Teil zum Klimaschutz beitragen, und das vergleichsweise rasch und günstig!

Im Fokus der Verkehrsplanung soll die Förderung sicherer, klimafreundlicher und selbstbestimmter Mobilität für Kinder und Familien stehen, und die neuen Möglichkeiten der StVO und der StVO-VwV genutzt werden, um sichere Schul- und Alltagsradwege zu schaffen, u.a. durch verkehrsberuhigte Räume, Schulstraßen oder mehr Tempo 30-Zonen und Abschnitte.

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) ruft die politischen Parteien und Wählergemeinschaften deshalb dazu auf, im bevorstehenden Kommunalwahlkampf 2026 die Radverkehrsförderung als zentrales Instrument der kommunalen Klimaschutzpolitik zu begreifen, sowie die Förderung sicherer, klimafreundlicher

sowie selbstbestimmter Mobilität von Familien in den Vordergrund zu stellen und entsprechend in ihren Wahlprogrammen zu verankern.

Begründung

Der Klimawandel ist und bleibt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Der größte Teil der Treibhausgasemissionen entsteht in Städten und Gemeinden, wo neben dem Heizen der Verkehrssektor mit dem motorisierten Individual- und Schwerlastverkehr Hauptverursacher ist. 70 % aller Autofahrten sind dabei unter 10 km lang, 50 % sogar unter 5 km. Würde nur ein Großteil dieser Kurzstreckenautofahren durch Fahrten mit dem Rad ersetzt, könnten in Deutschland täglich mehr als 113 Mio. Autofahrten und somit viele Tonnen CO₂ in Deutschland eingespart werden. Dies verdeutlicht, welch kurzfristig realisierbares Potenzial für effektiven Klimaschutz die Förderung des Radverkehrs hätte.

Ein besonderer Fokus soll hierbei auf der sicheren und selbstbestimmten Mobilität von Kindern liegen, denn Infrastruktur, die für Kinder sicher ist, ist für die allermeisten Menschen sicher.

Im Jahr 2022 verunglückten laut Statistischem Bundesamt deutschlandweit rund 25.800 Kinder unter 15 Jahren im Straßenverkehr – ein Anstieg von 16 % im Vergleich zum Vorjahr. Besonders häufig betroffen waren Kinder zwischen 6 und 14 Jahren, die mit dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs waren. 42 % davon mit dem Fahrrad. Gerade Schulwege und Nachmittagszeiten stellen besondere Risikozonen dar.[\[1\]](#)

Trotz des hohen Wunschs nach selbstständiger Mobilität für Kinder (89 % der Befragten einer repräsentativen Umfrage des TÜV-Verbands befürworteten dies) wird in der Praxis fast jedes vierte Grundschulkind regelmäßig mit dem Auto zur Schule gebracht. Gleichzeitig empfinden 56 % der Eltern die Situation vor Schulen durch Elterntaxis als gefährlich.[\[2\]](#)

Der ADFC Bayern empfiehlt deshalb allen Kommunalwahlkandidat*innen, sich für einen Ausbau der (vergleichsweise günstig zu schaffenden) Radinfrastruktur einzusetzen:

1. Radverkehr als Klimaschutzinstrument anerkennen

Wir fordern die Parteien auf, den Radverkehr als tragende Säule einer klimagerechten Mobilitätswende in ihren Programmen zu positionieren. Das Fahrrad ist emissionsfrei, platzsparend, gesundheitsfördernd und sozial gerecht. Jeder Weg, der mit dem Fahrrad statt mit dem Auto zurückgelegt wird, reduziert CO₂, entlastet das kommunale Straßennetz, erhöht die Lebensqualität vor Ort (weniger Lärm, Abgase und Unfallgefahren) und spart der Kommune bares Geld (u.a. Bereitstellung

und Unterhalt von Straßen und Parkplätzen)

2. Kommunale Zielsetzungen für Radverkehrsanteile verbindlich machen

Es braucht ambitionierte, verbindliche Ziele zur Steigerung des Radverkehrsanteils als Bestandteil lokaler Klimaschutzkonzepte. Kommunen müssen sich selbst verpflichten, innerhalb der nächsten 10 Jahren ihren Radverkehrsanteil am Gesamtverkehr um mind. 10%-Punkte zu erhöhen .

3. Infrastruktur massiv ausbauen und sicher gestalten

Die Parteien müssen sich klar zur flächendeckenden, sicheren und komfortablen Radinfrastruktur bekennen. Das bedeutet u. a.:

- Sichere Schulwege, die Kinder selbstständig zu Fuß oder mit dem Rad zurücklegen können,
- durchgängige, baulich getrennte Radwege an Hauptverkehrsstraßen,
- sichere Kreuzungen und Knotenpunkte,
- ein lückenloses Netz an Fahrradstraßen,
- großzügige Abstellanlagen und Fahrradparkhäuser an ÖPNV-Knoten.

4. Verkehrsberuhigung und Umverteilung des Straßenraums

Ein echter Wandel gelingt nur, wenn Platz gerecht verteilt wird. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Reduktion des motorisierten Verkehrs in Stadt- und Ortszentren zugunsten von Radfahrenden und Zufußgehenden. Dazu gehören:

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts,
- autofreie oder -arme Quartiere,
- Rückbau überdimensionierter Autoinfrastruktur,
- Ausreichend breite Geh- und Radwege,
- Ausreichend sichere und wetterfeste Abstellmöglichkeiten für Fahrräder,
- Schulstraßen vor den Schulen.

5. Kommunale Radverkehrsplanung personell und finanziell stärken

Radverkehrspolitik braucht Fachpersonal, langfristige Budgets und politische Rückendeckung. Wir fordern daher:

- die Schaffung eigener Stellen für Radverkehrsplanung in den Verwaltungen,
- transparente, mehrjährige Finanzierungspläne für den Radverkehr,
- Beteiligung der Zivilgesellschaft und Verbände wie dem ADFC an allen Planungsprozessen,
- Gute und frühzeitige Kommunikation der geplanten Maßnahmen

6. Öffentlichkeitsarbeit für klimafreundliche Mobilität intensivieren

Klimaschutz braucht ein neues Mobilitätsbewusstsein. Die Parteien sollen sich für gezielte Kampagnen zur Förderung des Radverkehrs einsetzen, insbesondere für:

- Mobilitätsbildung und Motivation zu aktiver Mobilität in Schulen,
- Anreizprogramme für Betriebe und Berufspendler*innen,
- fahrradfreundliche Events und Aktionen im öffentlichen Raum.

Der ADFC ruft alle Parteien dazu auf, die Kommunalwahl 2026 zum Wendepunkt in der kommunalen Mobilitätspolitik zu machen. Wer den Klimaschutz ernst nimmt, kommt am Radverkehr nicht vorbei. Die Kommunen müssen jetzt die Weichen stellen – für lebenswerte, gesunde und zukunftsfähige Städte und Gemeinden. Damit die Städte und Gemeinden mit positiven Beispiel vorangehen, empfiehlt der ADFC allen kommunalen Behörden, sich auf den Weg zur Zertifizierung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber zu machen.

[1] Quelle: [Destatis.de](https://www.destatis.de)

[2] Quelle: [TÜV Verband](https://www.tuv-verband.de)